

148

dodis.ch/31105

Interne Notiz des Politischen Departements¹

NOTIZ ÜBER DIE VORBESPRECHUNG AM 7. JUNI 1966 IM HINBLICK
AUF DEN BESUCH VON AUSSENMINISTER LUJO TONČIĆ AM 13./14. JUNI 1966²

Bern, 7. Juni 1966

[...]³

In den Voten der Teilnehmer kristallisieren sich anschliessend folgende Probleme⁴ heraus, die entweder von uns besprochen werden sollten oder mit deren Zitierung österreichischerseits wir rechnen müssen:

*1. Bilaterale Probleme**a) Zusammenarbeit auf diplomatischem Gebiet⁵*

(Österreichische Interessenvertretung durch einzelne unserer diplomatischen Missionen, vor allem in Afrika): Angesichts der Möglichkeit, dass Österreich sich der EWG zuwendet und damit einen uns grundlegend fremden Weg beschreitet, dürfte eine gewisse Zurückhaltung unsererseits in dieser Frage angezeigt sein. Falls andererseits der Anschluss Österreichs an die EWG nicht realisierbar sein sollte, wäre die Interessenvertretung⁶ für uns ein nicht unwillkommenes Instrument, in gewissem Masse die österreichische Neutralitätspolitik zu beeinflussen. – Wir werden deshalb diese Frage nicht von uns aufnehmen und einen allfälligen österreichischen Vorstoss dahin beantworten, das Problem befinde sich bei uns noch in Prüfung.

b) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe⁷

Herr Lindt hat anlässlich seines Besuches in Wien⁸ den Eindruck erhalten, dass diese Zusammenarbeit nur in einer Richtung funktioniert, indem nämlich nicht die geringste österreichische Reaktion erfolgte. Wir sollten nun unserer-

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 532 (B.15.50). Verfasst von H. Kaufmann.

2. Vgl. dazu das Protokoll von H. Kaufmann vom 13. Juni 1966, dodis.ch/31106 und die Notiz von C. H. Bruggmann an P. R. Jolles vom 8. Juli 1966, dodis.ch/31626. Vgl. ferner das österreichische Protokoll vom 13. Juni 1966, Doss. wie Anm. 1; das BR-Verhandlungsprot. der 34. Sitzung vom 31. Mai 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 3 und das BR-Verhandlungsprot. der 35. Sitzung vom 3. Juni 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 4.

3. Aufzählung der Teilnehmer: P. Micheli, E. Stopper, F. Bieri, R. Bindschedler, P. R. Jolles, A. R. Lindt, E. Thalmann, H. Marti, W. Jaeggi, A. Janner, J. Iselin und H. Kaufmann. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31105.

4. Vgl. dazu auch Dok. 63, dodis.ch/31092, bes. Anm. 3.

5. Vgl. dazu Dok. 63, dodis.ch/31092, Anm. 14.

6. Zur Vertretung fremder Interessen vgl. Dok. 101, dodis.ch/31456, bes. Anm. 2, 6, 7 und 10.

7. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2128 vom 5. Dezember 1966, dodis.ch/31127.

8. Vgl. dazu Doss. E 2005(A) 1978/84 Bd. 43 (t.261).



seits einen Österreicher zu uns einladen, haben aber keine Ahnung, wen, weil sich in Wien offenbar verschiedene Ministerien nicht einig sind. – Es besteht kein brennendes schweizerisches Interesse daran, die Frage aufzunehmen.

c) *Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet*⁹

Die Frage einer schweizerischen Benützung österreichischer Waffenplätze¹⁰ ist noch nicht zur Entscheidung reif und braucht von uns aus nicht besprochen zu werden. – An einer Zusammenarbeit auf waffentechnischem Gebiet sind wir nicht interessiert, weil die Österreicher uns nichts zu bieten haben.

d) *Zusammenarbeit auf parlamentarischem, kulturellem¹¹ und industriellem Gebiet*

Eine Besprechung scheint im Augenblick, von uns aus, nicht nötig, da diese Fragen direkten Kontakten der interessierten Gruppen überlassen werden können.

e) *Handelsverkehr*

Es liegen drei Pendenzen vor (österreichische Umsatzsteuerrückvergütungen für Exporte; Umsatzsteuernachzahlungen für schweizerische Importe in Österreich; Rundholzexporte nach der Schweiz)¹², die aber alle noch auf unterem Niveau behandelt werden und sich deshalb nicht zum Vortrag auf Aussenministerebene eignen.

2. Multilaterale Probleme

a) *Problem der österreichischen EWG-Assoziation*¹³

Hier liegt eindeutig ein schweizerisches Bedürfnis nach einer Aussprache vor. – Obschon das österreichische Aussenministerium für Integrationsfragen nicht zuständig ist, dürfte es doch angezeigt sein, den Österreichern unsere Einschätzung der neutralitätspolitischen Lage, wie sie sich aus dem österreichischen Beitrittsgesuch zur EWG ergibt, in möglichst klarer und lapidarer Weise auseinanderzusetzen, ebenso die Gründe, die uns bewegen haben, dem österreichischen Beispiel nicht zu folgen. Im Zusammenhang mit den österreichischen Assoziationsverhandlungen sollten wir zudem Auskünfte suchen über die Fragen der institutionellen Harmonisierung (einschl.

9. Vgl. dazu den *Militärbericht Nr. 31 aus Wien vom 5. November 1965*, dodis.ch/31110.

10. Vgl. dazu *Dok. 63*, dodis.ch/31092.

11. Vgl. dazu die *Notiz von L. Mossaz vom 14. Oktober 1966*, E 2807(-) 1974/12 Bd. 50.

12. Vgl. dazu *Doss. E 7110(-) 1977/9 Bd. 126 (862.1)*.

13. Vgl. dazu die *Notiz von A. Escher vom 26. Mai 1964*, dodis.ch/31117; die *Notiz von J. Iselin vom 3. Juli 1964*, dodis.ch/31119; die *Notiz von R. Bindschedler vom 6. Juli 1964*, dodis.ch/31121; das *Protokoll der integrationspolitischen Aussprache mit J. Klaus von R. Pestalozzi vom 7. Juli 1964*, dodis.ch/31124; die *Notiz von P. R. Jolles an E. Stopper vom 12. Januar 1965*, dodis.ch/31657; die *Notiz von P. R. Jolles vom 25. März 1965*, dodis.ch/31222; die *Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 24. Oktober 1966*, dodis.ch/31108; das *BR-Verhandlungsprot. der 86. Sitzung vom 6. Dezember 1965*, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 4 und das *BR-Verhandlungsprot. der 80. Sitzung vom 9. Dezember 1966*, E 1003(-) 1964/26 Bd. 4, S. 4 f.

Retorsionsmassnahmen etc.) und über die Reaktion und die Resultate (auch innenpolitisch) der kürzlichen österreichischen diplomatischen Aktion bei den EWG-Ländern betreffend Fortsetzung der Assoziationsverhandlungen.

b) *Friedliche Beilegung von Streitfällen durch Vermittlung des Europarates*

Wir haben kein Interesse daran, die Frage von uns aus aufzugreifen, da unsere Einstellung zum Europarat¹⁴ – besonders wenn es darum geht, ihm den UN-Status einer regionalen europäischen Organisation zu geben – von einer gewissen Reserve geprägt ist.

c) *Entwicklungs- und Finanzhilfe*

Österreich ist dem DAC¹⁵ beigetreten, und obschon es dort – soweit uns bekannt ist – keine grossen Stricke zerrissen hat, könnten wir vielleicht doch einige Kommentare erhalten.

d) *Sitz internationaler Organisationen*

Die Österreicher sollten darauf aufmerksam gemacht werden, dass wir ein wenig Anstoss genommen haben an der Art, wie sie kürzlich versuchten, den Sitz des Weltpostvereins¹⁶ nach Wien verlegen zu lassen. Wir haben selbstverständlich kein Sitz-Monopol, aber der Wettbewerb lässt sich auch in anderer Weise führen (wie z. B. im Falle der Atomenergie-Behörde).

3. Internationale (politische) Probleme

a) *Abrüstung, Nicht-Proliferation, Kernwaffenfreie Zonen*¹⁷

Hier würde uns die österreichische Stellung ausdrücklich interessieren.

b) *Europäische Sicherheitskonferenz*¹⁸

Die Dänen haben durchblicken lassen, sie möchten an der von ihnen vorgeschlagenen Konferenz auch die Neutralen teilnehmen lassen. Sollte dem dänischen Vorschlag in Brüssel ein Erfolg beschieden sein, so wäre es für uns interessant, die österreichische Reaktion zu vernehmen.

c) *Vietnam, Problem der geteilten Staaten*¹⁹

Auch hier interessieren wir uns für die österreichische Einstellung.

14. Vgl. dazu Dok. 141, dodis.ch/31820.

15. Zum DAC vgl. die Notiz von P. Micheli an F. T. Wahlen vom 21. April 1965, dodis.ch/ 31529.

16. Zum Standort des Weltpostvereins vgl. z. B. das Telegramm Nr. 16 von A. Escher an die Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements vom 4. Februar 1966, dodis.ch/31591 sowie das Telegramm Nr. 42 von A. Escher an P. Micheli vom 6. Mai 1966, dodis.ch/31593.

17. Zum Nonproliferationsabkommen vgl. die Notiz von R. Bindschedler an F. T. Wahlen vom 22. Oktober 1965, dodis.ch/31876. Zur Beschaffung von Atomwaffen vgl. Dok. 15, dodis.ch/31971.

18. Zur Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. auch die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 29. Juli 1966, dodis.ch/31870.

19. Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 2, 9 und 14.

Auf Grund obiger Besprechung dürfte sich ungefähr folgendes Programm für die Arbeitssitzung ergeben:

1. Allfällige bilaterale Fragen (sofern von Österreich gewünscht;²⁰ von uns aus keine²⁰)

2. Multilaterale Fragen:

a) Österreichs EWG-Assoziationsgesuch

b) Entwicklungs- und Finanzhilfe

3. Internationale Politik:

a) Abrüstung, Kernwaffenfreie Zonen, Nicht-Proliferation

b) Europäische Sicherheitskonferenz

c) Vietnam

20. *Handschriftlich durchgestrichen.*